

11.01.00

AS

Vorschlag
an den Bundesrat

**Vorschlag für die Berufung eines stellvertretenden Mitglieds des
Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit**

Der Regierende Bürgermeister
von Berlin

Berlin, den 11. Januar 2000

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Prof. Dr. Kurt Biedenkopf

Sehr geehrter Herr Präsident,

das Land Berlin hat bisher als stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit den Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, Herrn Wolf Schulgen, entsandt.

Vor dem Hintergrund der Senatsneubildung hat der Senat von Berlin in seiner Sitzung am 11. Januar 2000 beschlossen, gegenüber dem Bundesrat den Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen, Herrn Dr. Klaus Theo Schröder, für den Rest der laufenden zehnten Amtsperiode als stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit bei gleichzeitiger Bitte um Abberufung von Herrn Staatssekretär Wolf Schulgen zu benennen.

Herr Dr. Schröder erfüllt die Voraussetzungen des § 391 Abs. 1 Satz 1 SGB III.

Das Bundesgremienbesetzungsgesetz wurde beachtet.

Ich bitte, die Angelegenheit mit dem Antrag auf sofortige Sachentscheidung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Bundesrates zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'E' followed by a series of loops and a long horizontal stroke.

Eberhard Diepgen

04.02.00

Beschluss
des Bundesrates

Vorschlag für die Berufung eines stellvertretenden Mitglieds des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit

Der Bundesrat hat in seiner 747. Sitzung am 4. Februar 2000 beschlossen, gemäß § 392 Abs. 2 Nr. 2 SGB III anstelle von Herrn Staatssekretär a. D. Wolf Schulgen

Herrn Staatssekretär Dr. Klaus Theo Schröder,

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen des Landes Berlin,

dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung zur Berufung als stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit für den Rest der laufenden Amtsperiode (31. März 2004) vorzuschlagen.